

## Polizistenmord in Mannheim

Am Vormittag des 31. Mai dieses Jahres stand für unsere Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei Baden-Württemberg die Welt still. Bei einer Kundgebung auf dem Mannheimer Marktplatz hat ein 25-jähriger mutmaßlicher Islamist mehrere Personen mit einem Messer angegriffen und sechs davon schwer verletzt. Der 29-jährige Polizeihauptkommissar Rouven Laur wollte das Tatgeschehen unterbinden. Er wurde dabei von dem Messerangreifer attackiert und mehrmals von hinten in Kopf und Hals gestochen.



Rouven Laur wurde unmittelbar nach der Tat notoperiert und in ein künstliches Koma versetzt, erlag aber in den späten Nachmittagsstunden des 2. Juni seinen schweren Verletzungen. Wir trauern um einen jungen Kollegen, der in Ausübung des Dienstes

sein Leben für die Sicherheit aller Menschen in unserem Land gegeben hat. Der Generalbundesanwalt in Karlsruhe führt die Ermittlungen gegen den Täter wegen Mord, Mordversuch und gefährlicher Körperverletzung. Der Mord an unserem Kollegen hat uns zutiefst erschüttert – wir sind fassungslos und traurig. Unser Mitgefühl und unsere Anteilnahme gelten in dieser schweren Zeit insbesondere den Angehörigen und Freunden unseres getöteten Kollegen. In Solidarität und kollegialer Verbundenheit fühlen wir mit unseren Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei Baden-Württemberg!

### Euer Kollege war #einervonuns

Der Landesvorstand der **Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg (DPoIG)** bittet um Spenden, um die Familien und Angehörigen unserer getöteten Kollegen zu unterstützen, die unfassbares Leid erfahren mussten. Spenden bitte an:

Polizeistiftung Baden-Württemberg  
Baden-Württembergische Bank  
IBAN: DE48 6005 0101 7871 5214 50  
BIC: SOLADEST600

Der gewaltsame Tod von Rouven Laur hat deutschlandweit Fassungslosigkeit, Entsetzen und eine ohnmächtige Trauer hervorgerufen. Die Bestürzung über dieses furchtbare Gewaltverbrechen war auch außerhalb der Polizeifamilie spürbar. Am 7. Juni waren die Polizei- und Sicherheitsbehörden in einer bundesweiten Schweigeminute vereint, um Rouven Laur zu gedenken.

Der Landesvorstand

#Polizeifamilie  
#Mannheim  
#einervonuns  
#Rouven



Schweigeminute #fürRouven

Zum Gedenken an unseren durch einen Messerangriff getöteten Kollegen #Rouven und zum Zeichen unserer Verbundenheit stand heute um 11.34 Uhr, genau eine Woche nach dem Zeitpunkt des Angriffs auf dem #MannheimerMarktplatz, eine Minute lang alles still.





© DPoIG Hamburg (12)



## UEFA EURO 2024 –

Im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft 2024 bewies die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Hamburg** erneut ihr großes Engagement und ihre Einsatzbereitschaft für unsere Kolleginnen und Kollegen. Während des gesamten EM-Turniers war die **DPoIG** präsent, um sowohl die eigenen als auch die auswärtigen Einsatzkräfte in ihren jeweiligen Einsatzabschnitten zu unterstützen. Die Betreuungsteams haben zudem auch die vielen anderen Dienststellen besucht, die das polizeiliche Alltagsgeschäft am Laufen hielten. Hervorzuheben sind hier die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Polizeikommissariaten, die überwiegend in 12-Stunden-Schichten über drei Wochen Dienst verrichteten, um die Gestellung der AAH zu ermöglichen. Ein zentraler Bestandteil der Einsatzbegleitung war die Versorgung der Kolleginnen und Kollegen mit Getränken, Eis und Snacks. Das wurde überall dankbar angenommen und trug wesentlich zur guten Stimmung bei. Insbesondere an heißen Tagen oder bei langen Einsatzzeiten waren die Erfrischungen eine willkommene Abwechslung. Ein weiteres Highlight der Einsatzbegleitung war das eigens für die Fußball-EM entworfene Patch der **DPoIG**. Es ist nicht nur Erinnerungsstück, sondern auch Symbol des kollegialen Zusammenhalts und der gewerkschaftlichen Unterstützung. Wichtig waren selbstverständlich auch die zahlreichen Gespräche mit unseren Mitgliedern und allen anderen Kollegen.





Herzlichen Glückwunsch – Spanien ist Fußball-Europameister 2024.



# das war SPITZE!

Diese Gespräche boten der **DPoIG** die Möglichkeit, direkt auf die Bedürfnisse und Wünsche der Einsatzkräfte einzugehen. So konnten wir schnell Unterstützung und Abhilfe leisten, wenn es erforderlich war. „Unsere Vor-Ort-Präsenz war uns sehr wichtig. Wir wollten sicherstellen, dass unsere Kolleginnen und Kollegen bestens versorgt sind und ihre berechtigten Anliegen Gehör finden. Die positive Resonanz auf unsere Einsatzbetreuung und die vielen wertvollen Gespräche bestätigen uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, erläuterte Landesvorsitzender Thomas Jungfer. Die **DPoIG Hamburg** hat durch ihre engagierte Einsatzbegleitung während der Europameisterschaft gezeigt, wie wichtig Nähe und Unterstützung für unsere Kolleginnen und Kollegen sind. Ein großer Dank geht an alle **DPoIG**-Mitglieder aus allen Fachbereichen unserer Gewerkschaft, ohne eure Unterstützung wäre eine so intensive und umfassende Einsatzbegleitung nicht möglich gewesen. **Dankeschön!**





© Frank Riebow

## Die DPolG fragt — Hamburgs Innenpolitiker antworten Heute die Koalitionsparteien: **Wie ist die Lage?**

**SPD**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



Fragen an MdHB Sören Schumacher, innenpolitischer Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, und MdHB Sina Imhof, innenpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen.

Sören Schumacher



© SPD Hamburg

### Wie beurteilen sie die innere Sicherheit in Hamburg?

**Schumacher:** Die innere Sicherheit Hamburgs ist eine Herausforderung, der wir uns als SPD seit 2011 stellen und diese gut meistern. Die innere Sicherheit in einer Großstadt zu gewährleisten, die viele verschiedene Menschen und Quartiere beheimatet, ist eine besonders anspruchsvolle Aufgabe. Uns ist es wichtig, dass sich jeder an jedem Ort sicher fühlen kann. Dass die Herausforderungen an die Sicherheit in Hamburg sehr unterschiedlich sind, liegt auf der Hand. Die Entwicklung in einigen innerstädtischen Bereichen wie beispielsweise rund um den Hauptbahnhof, im Stadtteil St. Pauli oder am Jungfernstieg erfordern besondere, passgenaue Maßnahmen. Wir haben gezielte Konzepte auf den Weg gebracht, um den entstandenen Problemlagen zu begegnen (zum Beispiel die „Quattro-Streife“ und das Alkoholkonsumverbot am Hauptbahnhof, das Hafensicherheitszentrum, die EG Alster, welche gemeinsam mit Dolmetschern auf Streife geht). Für die Polizei verfolgen wir die größte, aber auch nachhaltigste personelle Verstärkung seit Jahrzehnten weiter. Für die Haushaltsjahre 2023/2024 wurde erstmals die Höhe von einer Milliarde Euro überschritten. Dies und die PKS sind deutliche Signale der steigenden Sicherheit in Hamburg seit 2011. Obwohl die Bevölkerungsanzahl kontinuierlich steigt, ist es

uns gelungen, die Kriminalitätszahlen zu senken. Unsere Stadt wird im Langzeitvergleich (betrachtet über 45 Jahre) bei anhaltend hohem Bevölkerungswachstum immer sicherer. Auch wenn die PKS nicht komplett unkritisch zu sehen ist, geben uns die Hamburgerinnen und Hamburger recht. Bei einer Umfrage aus dem Februar 2024 gaben rund 70 Prozent der Befragten aus Hamburg an, dass sie sich in ihrer Stadt sehr sicher fühlen beziehungsweise sicher fühlen.

**Imhof:** Bei der Beurteilung der inneren Sicherheit muss man zwischen der objektiven Sicherheitslage und dem subjektiven Sicherheitsgefühl der Menschen unterscheiden. Dank der engagierten und akribischen Arbeit der Polizeibeamtinnen und -beamten unserer Stadt rangiert Hamburg mit Blick auf die objektiven Zahlen im bundesweiten Städtevergleich seit Jahren im Mittelfeld. Verantwortliche Sicherheitspolitik muss aber auch sensibel auf Veränderungen des subjektiven Sicherheitsgefühls reagieren. An Orten wie dem Hauptbahnhof und dem Umfeld des DrobInns haben wir durch kooperatives Handeln verschiedener Akteure auf ein gestiegenes Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung reagiert. Diese Zusammenarbeit von Polizei und Sozialarbeit ist wichtig, um Probleme ganzheitlich anzugehen. Ursachenanalyse ist die Grundvoraussetzung, um angemessen sowohl auf objektive als auch auf subjektiv wahrgenommene Sicherheitsprobleme reagieren zu können.



© B90/Die Grünen HH

Sina Imhof

## Was sollte der Senat aus ihrer Sicht dringend in Angriff nehmen?

**Schumacher:** Der Fachkräftemangel wird eine zunehmende Herausforderung für die gesamte Stadt werden, weswegen aus mei-

Preis, weshalb sie sich den Ruhestand mit 60 Jahren, welcher auch nicht durch höhere Einstiegszahlungen wie in anderen Ländern erkaufte werden kann, mehr als verdient haben. Auch das Schichtsystem fordert dieser besonderen Berufsgruppe einiges ab, weswegen ich mich für das Bestehen der Altersgrenze ausspreche.



Der Plenarsaal der Hamburgischen Bürgerschaft im Rathaus.

ner Sicht der weitere Personalaufwuchs für die Polizei weiterverfolgt werden sollte. In Zuge dessen sollten die Möglichkeiten der Angestellten im Polizeidienst und der Kriminalassistenten weiter ausgebaut werden. Zu guten Arbeitsbedingungen gehört auch eine gute Ausrüstung und Infrastruktur, weswegen weiterhin eine moderne Ausrüstung für Polizistinnen und Polizisten verfolgt werden sollte. Mit der neuen Leitstelle gehen wir diesen Weg bereits. Durch die Ausweitung von Videoüberwachung an besonders kriminalitätsbelasteten Orten in Verbindung mit intelligenter Videotechnik könnten die Polizeikräfte weiter entlastet werden und zugleich die Sicherheit erhöht werden, weshalb ich auch diesen Bereich für einen weiteren wichtigen Schritt halte.

**Imhof:** Wir müssen die bereits begonnene Digitalisierung weiter voranbringen. Sie entlastet die Beamtinnen und Beamten im Alltag und ist in einigen Bereichen absolut notwendig, um die anfallenden Datenmengen überhaupt bewältigen und verarbeiten zu können. Zudem müssen wir weiterhin in Aus- und Fortbildung investieren, um langfristig ein attraktiver Arbeitgeber zu bleiben. Hierzu gehört die Bereitstellung von Wohnraum ebenso wie ein stärkerer Fokus auf neue gesellschaftliche Herausforderungen wie der Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen. Hierauf müssen wir unsere Beamten optimal vorbereiten.

## Soll die besondere Altersgrenze von 60 Jahren für Polizistinnen und Polizisten bestehen bleiben?

**Schumacher:** Ich verfolge die Diskussion unter dem Aspekt der Gleichbehandlung nach Art. 3 GG um den Ruhestand mit 60 Jahren. Allerdings überwiegen für mich die Argumente für einen Ruhestand mit 60 Jahren für Polizistinnen und Polizisten unter den Gesichtspunkten der besonderen psychischen und physischen Belastung, derer Polizisten jeden Tag ausgesetzt sind. Sie sorgen jeden Tag für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger. Für dieses hohe Gut zahlen sie oft einen anderen, nicht in Geld, messbaren

**Imhof:** Das ist ein sensibles Thema. Die Arbeit im Polizeidienst ist körperlich und psychisch herausfordernd. Deshalb gibt es gute Gründe, dass Kolleginnen und Kollegen nach Jahrzehnten zum Teil im Schicht- und Wochenenddienst mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen. Allerdings steht auch die Polizei vor den Problemen des demografischen Wandels und der Fachkräftegewinnung. Aus meiner Sicht sollte es daher im Einzelfall möglich sein, auf eigenen Wunsch und nach Prüfung der individuellen Eignungs- und Leistungsfähigkeit auch über die bisher geltende Altersgrenze hinaus im Polizeidienst verbleiben zu können.

*Frau Imhof, Herr Schumacher, wir bedanken uns für das Gespräch.*

Social-Media-Fundstück

Instagram-Fundstück des Monats

stern
...

PROTOKOLL

**„Die gesellschaftliche Wertschätzung geht gegen null“**

Eine Polizistin berichtet über ihren Alltag

# DPolG: Angriffe auf Vollstreckungsbeamte eskalieren

Hamburgs Justiz völlig überlastet und unterbesetzt! – Rechtsstaat am Limit?



Die erschreckenden Zahlen sprechen für sich: Seit 2021 explodiert die Anzahl der Widerstände und tätlichen Angriffe auf Vollstreckungsbeamte in Hamburg! Wo soll das enden?

Ein alarmierender Anstieg in drei Jahren:

- 2021: 1.752 Verfahren gegen 1.860 Beschuldigte
- 2022: 1.823 Verfahren gegen 1.996 Beschuldigte
- 2023: 2.312 Verfahren gegen 2.470 Beschuldigte
- 2024 (bis Juni): 747 Verfahren gegen 776 Beschuldigte

Die Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte nimmt besorgniserregend zu. Trotz dieser alarmierenden Entwicklung bleibt die Reaktion der Staatsanwaltschaft absolut unverständlich! Schockierend ist nicht nur der Anstieg, sondern auch, was die Hamburger Judikative daraus macht beziehungsweise eigentlich nicht daraus macht: 2.039 Anklagen wurden erhoben, 1.044 Strafbefehle erlassen, 843 Einstellungen gemäß § 153 (1) StPO (geringe Schuld des Täters), 477 Einstellungen gemäß § 170 (2) StPO (Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachts). Die heillose Überlastung der Justiz auch und gerade in Hamburg darf kein Freifahrtschein für Tatverdächtige sein. Dazu Thomas Jungfer, Landesvorsitzender der **Deutschen Polizeigewerkschaft Hamburg**: „Es ist grotesk und inakzeptabel, dass die Staatsanwaltschaft in Hunderten von Fällen kein öffentliches Interesse an der Verfolgung dieser Straftaten sieht. Noch beunruhigender ist die hohe Anzahl von Einstellungen gemäß § 170 (2)

## Zahl unerledigter Verfahren steigt weiter

Bundesweit türmen sich offene Verfahren bei den Staatsanwaltschaften – mehr als 900.000 sind es vergangenes Jahr gewesen. Der Deutsche Richterbund sieht die Gründe unter anderem beim Personalmangel in der Justiz. Bei den Staatsanwaltschaften in Deutschland gibt es nach Angaben des Deutschen Richterbundes immer mehr unerledigte Fälle. Im vergangenen Jahr seien 906.536 Verfahren offen gewesen. Innerhalb von zwei Jahren sei die Zahl unbearbeiteter Akten damit um ein Viertel gestiegen. Im Jahr 2022 zählten die offenen Verfahren noch 840.727, im Jahr 2021 waren es 727.021. Die Zahlen gehen auf eine Umfrage bei den Justizverwaltungen der Länder zurück. Berücksichtigt wurden dabei nur die Verfahren gegen namentlich bekannte Beschuldigte. Nach den Angaben hat sich die Situation insbesondere in Hamburg verschlechtert. Im Zwei-Jahres-Vergleich ist die Anzahl der noch zu bearbeitenden Fälle in der Hansestadt um 70 Prozent auf 39.000 gestiegen (2021: 22.900; 2022: 30.800).

Quelle: [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de), 28. April 2024

StPO, obwohl die Täter bei diesen Delikten in der Regel bekannt sind! Wir fordern ein Umdenken! Selbstverständlich wissen wir als Polizeigewerkschaft von der dramatischen Überlastung der Justiz.

Die Hilferufe der Staatsanwaltschaft und wie vor Kurzem zum wiederholten Male zu lesen war auch der Amtsgerichte, sind auch für uns unüberhörbar. Die Arbeitsbelastung und der Personalmangel in der Justiz dürfen jedoch nicht dazu führen, dass Verfahren eingestellt werden, die im Ergebnis dazu führen können, dass Tatverdächtige unzureichend verfolgt werden. Unser Rechtsstaat darf kein Papiertiger sein, der durch hausgemachte Probleme und mangelnden Gestaltungswillen der Politik ausgehöhlt wird. Die **DPolG Hamburg** fordert dringend eine Änderung der Verfahrenspraxis bei nachgewiesenen Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte. Es muss endlich Schluss sein mit überbordender Nachsicht!

Unsere Kolleginnen und Kollegen verdienen einen besseren Schutz und eine konsequente Strafverfolgung von Tatverdächtigen!“



# DPoIG: Sicherheit für unsere Polizeibeschäftigten

Einsatztraining für alle Angestellten im Polizei- und Kriminaldienst anbieten

Von Beate Petrou, Vorsitzende Fachbereich Verwaltung

Die **DPoIG Hamburg** tritt entschieden dafür ein, dass unseren tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen, die ihren Dienst in durchaus risikoreichen Zuständigkeitsbereichen ausüben, von der Dienststelle ein angemessenes Einsatztraining angeboten wird. Insbesondere Angestellte im Polizeidienst (AiP) „auf der Straße“, im Erkennungsdienst, aber auch bei den Tarifbeschäftigten im LKA ist dies bisher nicht ausreichend oder obligatorisch. Zumindest unsere als AiP eingesetzten Kolleginnen und Kollegen haben in Ihrer Ausbildung eine fünftägige Schulung hinsichtlich eines Handlungs- und Verhaltenstrainings erhalten. Danach gab es jedoch keine weitere Fortbildung, obwohl sie in einer Anweisung des Polizeipräsidenten im Jahr 2016 verfügt wurde. Die Angestellten im Kriminaldienst – oder auch Kriminalassistenten – haben in ihrem neuen Lehrgang in dieser Hinsicht keinerlei Fortbildung erhalten, kommen jedoch bei Durchsichungen immer wieder in „unübersichtliche“ Situationen, auch wenn sie dort „nur“ in zweiter Reihe stehen. Wichtig: Selbstverständlich sind auch Tarifbeschäftigte bei einem Einsatztraining über ihre Berufsgenossenschaft abgesichert. Die **DPoIG Hamburg** fordert: das dienstliche Angebot eines Einsatztrainings für alle Ta-

rifbeschäftigten im Außendienst sowohl im Polizei- und Kriminaldienst als auch im Erkennungsdienst. Des Weiteren eine regelmäßige Auffrischung der Kenntnisse, um Handlungssicherheit im Einsatz zu gewährleisten.



Beate Petrou

© DPoIG Hamburg

## Unsere Argumente

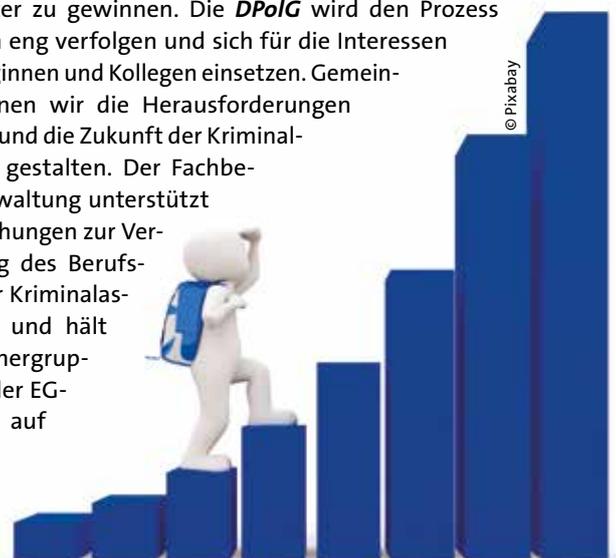
- Recht auf Sicherheit: Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben das Recht auf eine Fortbildung, die sie auf die realen Gefahren der beruflichen Tätigkeit vorbereitet.
- Qualität der Polizeiarbeit: Gut ausgebildetes Personal ist die Grundlage für eine effektive und bürgerorientierte Polizeiarbeit. Gerade in der heutigen Zeit darf es keine Kompromisse bei der Sicherheit und dem Schutz unserer Kolleginnen und Kollegen geben!

#DPoIGDeinetwegen

# MuK: Wie geht es mit den Beschäftigten weiter?

In den letzten Monaten erreichen uns vermehrt Signale aus dem Bereich der Massen- und Kleinkriminalität des LKA 1 (MuK), dass die anvisierte Schaffung der EG 8 Funktion Kriminalassistent ins Stocken geraten könnte. Viele Kolleginnen und Kollegen, die bei den Ausschreibungen zur 1. Kriminalassistent (EG 9a) nicht zum Zuge gekommen sind, sehen sich nun mit der Unsicherheit konfrontiert, ob ihre Perspektiven im Sande verlaufen. Die **DPoIG** fordert daher eine klare Kommunikation seitens des Projekts und des LKA, um den betroffenen Kolleginnen und Kollegen den aktuellen Sachstand zu vermitteln. Es ist dringend erforderlich, tarifrechtlich saubere Trennungen zu finden, um die Entgeltgruppen EG 8 und EG 9a nachvollziehbar zu rechtfertigen. Die **DPoIG Hamburg** begleitet diesen Prozess und setzt sich dafür ein, dass die Kriminalitätsbekämpfung in Zukunft stärker durch Tarifbeschäftigte unterstützt wird. So sollen auch in der Zukunft vermehrt Kriminalassistenten eingestellt werden, ein richtiger Schritt. Eine faire Bezahlung und attraktive Arbeitsbedingungen sind dabei allerdings unerlässlich, um qualifiziertes Personal zu halten und neue Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter zu gewinnen. Die **DPoIG** wird den Prozess weiterhin eng verfolgen und sich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen einsetzen. Gemeinsam können wir die Herausforderungen meistern und die Zukunft der Kriminalassistenten gestalten. Der Fachbereich Verwaltung unterstützt die Bemühungen zur Verbesserung des Berufsbildes der Kriminalassistenten und hält eine Höhergruppierung der EG-6-Stellen auf EG 8 für überfällig.



© Pixabay

## Alles Gute, Jörn!

### Unser „küstennaher“ Beamter Jörn Hilgert geht in den Ruhestand.

Irgendwann ist Schluss, dann macht man alles zum letzten Mal, dann heißt es Abschied von den Kolleginnen und Kollegen nehmen und den Dienst hinter sich lassen. Am 31. Juli wird Jörn Hilgert, Wasserschutzpolizist mit Leib und Seele und seit vielen Jahren als bürgernaher Beamter im Zuständigkeitsbereich des WSPK 3 in Harburg unterwegs, in den Ruhestand verabschiedet. Jörn Hilgert war rund um den Harburger Binnenhafen eine Institution. Sein Dienstfahrzeug war das Dienstfahrrad. Er radelte durch das Hafengebiet, sprach mit Anwohnern, Gewerbetreibenden, Unternehmern und Künstlern über das, was gerade anlag und die Menschen bewegte. Er war Kummerkasten und Vermittler, dabei aber immer Polizist. Seit Anfang 2013 hat der heutige Polizeihauptkommissar den Posten des bürgernahen Beamten in Harburgs maritimem Quartier inne und nennt ihn nach wie vor seinen Traumjob.



„Letzte“ Übergabe der Dienstgeschäfte von Jörn Hilgert an seine Nachfolgerin Patricia Neumann. Alles Gute, Patricia!



Harburger Binnenhafenfest 2024 mit Hamburgs Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD), Jörn Hilgert und weiteren Kollegen des WSPK 3.

In den vergangenen elf Jahren hat sich vieles verändert, kaum vorstellbar, wie viele Bauprojekte das Gesicht des Binnenhafens neu prägen. Das war mehr als nur ein Facelifting und hat zu einer nicht vorstellbaren Belegung des gesamten Viertels geführt. Jörn Hilgert hat vorgelebt, was einen bürgernahen Beamten ausmacht: Kontaktpflege, zu wissen, wann und wo was passiert, Ansprechpartner und Entscheider kennen, um Probleme auf dem kurzen Dienstweg zu lösen – das hat ihn ausgemacht und dass er die Menschen mochte und sie ihn. Der Fachbereich Wasserschutzpolizei der **DPolG Hamburg** wünscht seinem langjährigen Mitglied einen großartigen Ruhestand im Kreise seiner Familie. Lieber Jörn, werde der Stadt Hamburg ein teurer Pensionär, Du hast es Dir verdient. Alles Gute!

Fachbereich Wasserschutzpolizei

## IMPRESSUM

Redaktion:  
Frank Riebow (v. i. S. d. P.)  
Erdkampsweg 26  
22335 Hamburg  
Tel.: 040.482800  
Fax: 040.25402610  
Mobil 0175.3644284  
E-Mail: FRHamburg@gmx.de

Landesgeschäftsstelle:  
Holzdamm 18, 20099 Hamburg  
Tel.: 040.254026-0  
Fax: 040.254026-10  
E-Mail: dpolg@dpolg-hh.de  
Geschäftszeit: Montag bis  
Donnerstag, 9.00 bis 17.00 Uhr,  
Freitag, 9.00 bis 15.00 Uhr

Fotos: Frank Riebow,  
DPolG Hamburg  
ISSN 0723-2230



## Ruhestand\*

Folgende Kollegin und Kollegen sind zum **30. April 2024** in den Ruhestand gegangen:

### Schutzpolizei

EPHK Detlef Stöckmann	PK 25	PHK Sven Maurischat	PK 16
PHK Jochen Freitag	VD 22	PHK Claus-Dieter Paul	VD 4

### Landeskriminalamt

EKHKin Karin Mecklenburg	LKA Fst 11
--------------------------	------------

Folgende Kollegen sind zum **31. Mai 2024** in den Ruhestand gegangen:

### Schutzpolizei

PHK Thorsten Jahn	VD 6
-------------------	------

### Landeskriminalamt

PHK Karl-Peter Mühlhause	LKA 733
--------------------------	---------

Folgende Kollegen sind zum **30. Juni 2024** in den Ruhestand gegangen:

### Schutzpolizei

POK Dirk Müller	LBP 72
-----------------	--------

### Landeskriminalamt

PK Gero Wolter	LKA 161
----------------	---------

\* Ruhestandsdaten werden nur veröffentlicht, wenn eine Einverständniserklärung vorliegt.